

---

Beginn: 18:33 Uhr

Ende: 20:46 Uhr

Tagungsort:

Großer Sitzungssaal, Raum 2.05, Gemeindezentrum,  
Annastraße 3, 14532 Stahnsdorf

---

Die Bestätigung dieser Niederschrift erfolgt in der darauffolgenden Sitzung dieses Gremiums. Bitte beachten Sie deshalb die zugehörige Niederschrift.

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1        Gemeinsames**

#### **TOP 1.1      Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

**Die Vorsitzende und Sitzungsleiterin des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Stahnsdorf**, Frau Dr. Schmidt-Faber, eröffnet um 18:33 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten Nr. ARA/004/2023.

**Die Sitzungsleiterin** begrüßt den Bürgermeister der Stadt Teltow, die Vertretung des Bürgermeisters der Gemeinde Kleinmachnow, den Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf, den Regionalkoordinator, die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

**Die Sitzungsleiterin** stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

#### **TOP 1.2      Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Herr Kasdorf, Vorsitzender des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Stadt Teltow**, stellt die Beschlussfähigkeit mit 4 von 7 Mitgliedern fest.

Entschuldigt fehlt Herr Behling, vertreten durch Herrn Szilleweit.

Entschuldigt fehlt Herr Suchardt, vertreten durch Herrn Schlaab.

Entschuldigt fehlt Herr Rüter.

**Herr Liebreuz, Vorsitzender des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Kleinmachnow**, kann keine Beschlussfähigkeit feststellen.

Entschuldigt fehlt Frau Liebreuz.

Entschuldigt fehlt Frau Knuth.

Entschuldigt fehlt Frau Richel.

Entschuldigt fehlt Herr Steinacker.

Der Kleinmachnower Bürgermeister, Herr Grubert, wird von Herrn Piecha vertreten.

**Frau Dr. Schmidt-Faber, Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten der Gemeinde Stahnsdorf**, stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 von 9 Mitgliedern fest.

Entschuldigt fehlt Herr Arnold, vertreten durch Frau Pietsch.

Entschuldigt fehlt Herr Grunwaldt, vertreten durch Frau Barthels.

Entschuldigt fehlt Herr Däumer.

**TOP 1.3 Wahl des/der Stellvertreters/Stellvertreterin der Vorsitzenden des Regionalausschusses der Gemeinde Stahnsdorf**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Die Sitzungsleiterin** begrüßt Herrn Schultka und fragt, ob er sich zur Wahl des Stellvertreters stellen würde.

**Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf**, zeigt an, dass er sich für die Wahl des Stellvertreters zur Verfügung stellen würde und sagt ein paar Worte zu seiner Biografie.

**Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf**, beantragt die offene Wahl.

Abstimmungsergebnis zum Antrag zur offenen Wahl:

Ja-Stimmen: 6      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis zur Wahl des Stellvertreters:

Ja-Stimmen: 5      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1  
einstimmig gewählt

**TOP 1.4 Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

Einwendungen sind nicht zu erkennen. Die Tagesordnung ist somit bestätigt.

**TOP 1.5 Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 26.06.2023**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Die Sitzungsleiterin** berichtet, dass Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, schriftlich mitgeteilt habe, dass er einen Einwand gegen die Niederschrift habe. Da Herr Steinacker heute nicht an der Sitzung teilnehmen könne, verliert die Sitzungsleiterin den Einwand.

Auf der Seite 4 von 9 im ersten Absatz müsse es richtig heißen: „Herr Steinacker, Gemeinde Kleinmachnow, teilt mit, dass er ehrenamtlich im Bereich Behindertenwerkstätten gearbeitet habe und fragt.....“.

Weitere Einwendungen sind nicht zu erkennen.

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 18.09.2023 aus der Stadt Teltow:

Ja-Stimmen: 2      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
einstimmig angenommen

Die Gemeinde Kleinmachnow führt keine Abstimmung zur Niederschrift vom 18.09.2023 durch.

**Frau Dr. Schmidt-Faber, Gemeinde Stahnsdorf**, lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis zur Niederschrift vom 18.09.2023 aus der Gemeinde Stahnsdorf:

Ja-Stimmen: 4      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
einstimmig angenommen

### **TOP 1.6      Anregungen der Einwohner zu den Tagesordnungspunkten - Einwohnerfragestunde**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

Bürgerin A, Gemeinde Stahnsdorf, berichtet, dass sie heute an einem Fachtag zur Wohnungslosigkeit teilgenommen habe. Dort sei das Thema „Notfallkonzept zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit“ angesprochen worden. Sie fragt die Bürgermeister, ob es solch ein Notfallkonzept in einer der drei Kommunen geben würde.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, teilt mit, dass es in der Stadt Teltow eine Einrichtung gebe, die im Notfall Menschen beherbergen könne. Die Notfallunterkunft sei aber nicht in der Trägerschaft der Stadt Teltow, sondern in der Trägerschaft des Klinikums Ernst von Bergmann. Diese Unterkunft sei immer mal mit unterschiedlicher Anzahl von Betten belegt. Das Thema sei in der Kommunikation sehr unangenehm. Sollte es von der Obdachlosigkeit bedrohte Mieter geben, sei die Stadt Teltow in der Lage, zumindest einen Zustand zu halten, der für die Familien einen möglichst geringen Aufwand bedeuten würde, jedoch die Kostenseite neu regelt. Beispielsweise eine Rückeinweisung in die Wohnung, in der die Mieter bisher gelebt haben. Wenn wirkliche Obdachlose sich im Stadtbild zeigen, dann sind auch für sie Einrichtungen für einen kurzen Aufenthalt vorhanden.

**Herr Piecha, Verwaltung der Gemeinde Kleinmachnow**, merkt an, dass sich die Gemeinde für solche Fälle an einer externen Einrichtung bedienen würde. Drohe eine Obdachlosigkeit, so werde versucht, über die kommunale Wohnungsgesellschaft eine Lösung zu schaffen.

**Frau Uhlmann, Verwaltung der Gemeinde Stahnsdorf**, antwortet, dass die Gemeinde Stahnsdorf mit den Nachbarkommunen im regen Austausch steht. Die Gemeinde Stahnsdorf hat eine eigene kleine Wohnung, die für eine einzelne Personen zur Verfügung gestellt werden kann. Eine größere Wohnung soll organisiert werden, um auch mal eine Familie oder mehrere Personen unterbringen zu können. Die Gemeinde bedient sich auch der Unterkünfte, die in den anliegenden Orten zur Verfügung stehen.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, teilt mit, dass in den politischen Gremien nur mit Zahlen gearbeitet werde und eventuell noch mit der Altersstruktur.

Bürgerin A, Gemeinde Stahnsdorf, merkt an, dass das Notfallkonzept nur bedeuten würde, Lösungen zu finden und in einem Konzept einen präventiven Ansatz zu haben. Beispielsweise einen Sozialarbeiter in den Kommunen zu haben, der abfedern könne, bevor es zu einer Wohnungslosigkeit komme.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, berichtet, dass Familien, die in solch eine Situation kommen, normalerweise im Vorfeld mit den sozialen Stellen in der Verwaltung kommunizieren würden.

**Die Sitzungsleiterin** fragt, wie häufig die Gemeinden in die Lage kommen würden, solche Situationen bedienen zu müssen.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, antwortet, dass im letzten halben Jahr zwei Situationen vorgelegen hätten.

**Herr Piecha, Verwaltung der Gemeinde Kleinmachnow**, berichtet, dass er einen Fall in diesem Jahr in Erinnerung habe.

**Frau Uhlmann, Verwaltung der Gemeinde Stahnsdorf**, meint, dass der Fall sehr selten eintritt und die Gemeinde mit dem Jugend- und dem Sozialamt in Zusammenarbeit steht.

**Die Sitzungsleiterin** merkt an, dass vor zirka zwei Jahren über ein Frauenhaus im Bereich TKS gesprochen worden sei und fragt nach dem Sachstand der Umsetzung.

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, teilt mit, dass sich die Thematik in der Vorbereitung befinden würde.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

#### **TOP 1.7 Information des Vorstandes ARA**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf und berichtet, dass sich der Vorstand am 28.07.2023 getroffen habe. Eigentlich sollte diese Ausschusssitzung im Freibad Kiebitzberge stattfinden, jedoch seien die Räumlichkeiten nur für acht Personen nutzbar.

**Die Sitzungsleiterin** schlägt vor, dass die letzte Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten 2023 dafür genutzt werden sollte, um eine Bestandsaufnahme für die gemeinsam geförderten Institutionen und Projekte zu erstellen. Geplant gewesen sei, dass die zu entstehende Verkehrsbehörde auf die Tagesordnung genommen werde. Jedoch habe die Nachfrage ergeben, dass sich die drei Bürgermeister zu diesem Zeitpunkt noch nicht getroffen hätten. Sie fragt, ob dieses Thema in die Ausschusssitzung im November 2023 genommen werden könne.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, antwortet, dass dieses Thema gern auf die Tagesordnung im November 2023 genommen werden könne.

## **TOP 1.8 Regionalprojekte**

### **TOP 1.8.1 Kommunale Wärmeplanung TKS, Berichte der Bürgermeister**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf und begrüßt Herrn Pierog, Klimaschutzmanager der Gemeinde Stahnsdorf.

**Die Sitzungsleiterin** ist der Meinung, dass in Gemeinden, die aus sehr vielen Einfamilienhäusern auf breitem Gebiet bestehen würden, ein Anschließen schwierig sein werde. Sie hofft, dass noch sehr viel mehr Wärme vom Klärwerk genutzt werden könne. Bei diesem Thema seien kreative Lösungen gefragt.

**Herr Pierog, Klimaschutzmanager der Gemeinde Stahnsdorf**, berichtet, dass er am 06.09.2023 an der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten in der Gemeinde Kleinmachnow teilgenommen hat. Zwischen der Stadt Teltow und der Gemeinde Kleinmachnow ist ein Verbundprojekt geplant und die Gemeinde Stahnsdorf hat Interesse einer Teilnahme an diesem Verbundprojekt bekundet. Daher war es wichtig zu hören, wie der Stand der Dinge ist. In der Kleinmachnower Ausschusssitzung ist abgestimmt worden, ob dieses Verbundprojekt mit den Gemeinden umgesetzt wird. Eine Absichtserklärung zwischen den Gemeinden liegt bereits vor.

**Frau Barthels, Gemeinde Stahnsdorf**, habe gehört, dass die Landkreise die Aufgaben übernehmen würden, die kommunale Wärmeplanung zu koordinieren und fragt, ob dies korrekt sei.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, teilt mit, dass er davon noch nichts gehört habe und ist der Meinung, dass die Kommunen nicht begeistert sein werden, wenn es so kommen sollte. Er gehe davon aus, dass es in jeder Kommune eine Vorbereitung zum Thema kommunale Wärmeplanung gebe. Die Stadt Teltow habe sich mit der Gemeinde Kleinmachnow darauf verständigt, noch nicht auf einer vertraglichen Ebene, eine entsprechende Absichtserklärung in die Gremien zu bringen, die zum Inhalt haben werde, ein solches Verbundprojekt mit der Gemeinde Kleinmachnow zusammen auf den Weg zu bringen. Die Gemeinde Kleinmachnow habe es bereits jetzt schon in ihren Gremien und die Stadt Teltow werde es in die nächste Beratungsfolge geben. In diesem „Letter of Intent“ sei insbesondere auch eine Öffnungsklausel enthalten, dass die Gemeinde Stahnsdorf mit einsteigen könne.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, berichtet, dass er den Stahnsdorfer Bürgermeister angeschrieben habe, um den Stand und die Voraussetzungen in der Gemeinde Stahnsdorf, auch in finanzieller Hinsicht, abzufragen. Die kommunale Wärmeplanung müsse finanziert werden, auch wenn sie im hohen Maße gefördert werde. Regional müsse sich darauf verständigt werden, an welchen Stellen es Sinn machen würde, wie eine solche Planung gemeinsam aufgenommen werden könne und wie sich daraus ein Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger erschließen könne.

**Frau Barthels, Gemeinde Stahnsdorf**, fragt, ob es eine Übersicht in den Orten geben würde, welche Energien die Haushalte nutzen (Öl und Gas in Prozent) und wie alt die Heizanlagen möglicherweise seien.

**Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow**, meint, dass es deshalb den Ansatz einer kommunalen Wärmeplanung geben würde, um systematisch die Gesamtheit sämtlicher Verbraucher und sämtlicher Erzeugungsmöglichkeiten zusammenzubringen. Es gebe auf dieser Schiene eine zeitliche Komponente, die mit einer finanziellen Komponente verbunden sei. Es würde im Moment massive Förderungen genau für diese Planungen, geben, 60 Prozent der Gesamtinvestition. Ein erhöhter Fördersatz bis 90 Prozent, bis Ende diesen Jahres. Durch schnelles Handeln könnten die Kommunen 30 Prozent mehr der Gesamtinvestition gefördert bekommen. Eine Dringlichkeit sei dabei, bei der die Kommunen eine ganze Menge Geld sparen könnten. Jede einzelne Kommune Deutschlands würde auf die Fördertöpfe, zirka 3,7 Milliarden EUR, zulaufen. Heißt, wer zuerst kommt, der bekommt auch zuerst und wenn alle, dann alle. Auch werde die Beauftragung eines externen Unternehmens gefördert und diese Förderung mache Sinn, denn dadurch könne sich die Verwaltung und auch die politische Ebene aus diesem Prozess raushalten. Anfangs werde aus seiner Sicht nichts passieren, denn allein die konsolidierte Datenaufbereitung und die Aufnahme genau dieser Detailfragen, werden einen erheblichen Zeitraum beanspruchen. Hier gehe es um die Dekarbonisierung des ganzen Systems. Dazu bräuchte es eine erhebliche Datengrundlage.

**Herr Piecha, Verwaltung der Gemeinde Kleinmachnow**, ergänzt, dass Geld als Komplementärmittel in die Hand genommen werden müsse. Die Höhe sei im Augenblick nicht bezifferbar. Wichtig sei, eine Datenbasis zu erhalten und ein Büro zu finden, mit dem anständig gearbeitet werden könne. All das werde nicht preiswert sein.

**Herr Schmidt, Bürgermeister Stadt Teltow**, meint, dass die Stadt Teltow, durch den existierenden Fernwärmebetrieb im Vorteil sei, denn dadurch verfüge die Stadt Teltow über einen gewissen Datensatz. Die Stadt Teltow sei in Satzungsbereiche eingeteilt, in denen sich die Menschen an die Fernwärme anschließen müssen. Dieser Anschluss sei, ähnlich wie beim Wasser/Abwasser, definierbar. Die finanzielle Sicherstellung müsse organisiert werden. Das Thema kommunale Wärmeplanung würde zeigen, dass das Denken in Regionen Sinn mache.

**Herr Schmidt, Bürgermeister Stadt Teltow**, merkt an, dass noch ganze Bereiche in Teltow nicht erschlossen seien, beispielsweise Teltow-Seehof, Bereiche in Sigridshorst oder im Flussviertel.

**Herr Szilleweit, Stadt Teltow**, spricht das Kraftwerk in Zehlendorf an und meint, dass der Bereich Teltow-Seehof darüber abgedeckt werden könne.

**Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow**, meint, dass alles systematisch erfasst werden müsse.

**Herr Schlaab, Stadt Teltow**, ist der Auffassung, dass die kommunale Wärmeplanung eine große Aufgabe sei, zum einen der Ausbau und zum anderen die Dekarbonisierung.

**Herr Schmidt, Bürgermeister Stadt Teltow**, sagt abschließend, dass die Dekarbonisierung der eigentliche Schwerpunkt sei.

**Herr Albers, Bürgermeister Gemeinde Stahnsdorf**, ist der Meinung, dass die Bestandsdaten, wer wie heizt, auch beim Schornsteinfeger abgefragt werden können. Der Gesetzgeber sollte dazu die Datenschutzregelung klären. Als der Haushalt 2023 auf den Weg gebracht wurde, ist keine Position eingebaut worden. Die Thematik ist in der Gemeindeverwaltung diskutiert worden und ein Fördermittelantrag wurde bereits gestellt, denn wie Herr Liebrez bereits angemerkt hat, wurde ein Windhundrennen losgetreten. Für eine Zusammenführung der Fördermittel ist die Gemeinde Stahnsdorf offen und es kann darüber gesprochen werden. Fakt ist, dass sich die Gemeinde Stahnsdorf genau so beschäftigt, wie es die Gemeinde Kleinmachnow und die Stadt Teltow auch tut.

**Frau Barthels, Gemeinde Stahnsdorf**, regt an, dass zeitnah in jeder Verwaltung eine Person gefunden werde und diese gemeinsam ein Konzept erstellen. Sie würde empfehlen, sich beim Amt für Statistik schlau zu machen, denn es seien Hauseigentümer befragt worden, auch nach der Art ihrer Wärmeversorgung.

**Herr Schmidt, Bürgermeister Stadt Teltow**, meint, dass alle Verwaltungen über einen Fundus, unterschiedlich ausgeprägt, verfügen werden und auch eine Klimaschutzplanung vorliegen hätten. Die Datenerhebung und die Bestandserhebung werde im Höchstmaß interessant werden.

<19:20 Uhr – Frau Pietsch, Gemeinde Stahnsdorf, ist abwesend> - 5 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

**Die Sitzungsleiterin** fragt, ob es ein Treffen der Klimaschutzmanager aus den drei Orten gegeben habe.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, berichtet, dass die Gemeinde Kleinmachnow und auch die Stadt Teltow dieses Thema federführend beim Klimaschutz mit angebunden hätten. Der Klimaschutz habe den Hut auf, jedoch sollten auch die Bauabteilung und die Bürgermeister Berücksichtigung finden. Hier könne von einem Verbundprojekt gesprochen werden.

<19:22 Uhr – Frau Pietsch, Gemeinde Stahnsdorf, ist anwesend> - 6 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

**Die Sitzungsleiterin** meint, dass es bei dem Treffen der Klimaschutzmanager auch darum gehen sollte, dass in Bezug auf Solarmodule eine Einkaufsgemeinschaft gebildet werden sollte.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, antwortet, dass die drei Klimaschutzmanager vernetzt seien, aber die Situation, dass drei Gebietskörperschaften vorliegen, müsse berücksichtigt werden.

**Herr Liebrez, Gemeinde Kleinmachnow**, meint, dass durch die aktuelle Gesetzeslage die Kommunen in ganze andere Bereiche vorstoßen. Er sehe das Thema Solarzellen auf dem Dach als Kür und die kommunale Wärmepflicht als Pflicht. Es braucht eine ganz andere Form der Zusammenarbeit und die Größenordnung an Energiemengen habe mit Solar nichts mehr zu tun. Im Bereich des Klimaschutzes werde sich für die Gemeinden eine ganz andere Form der Zusammenarbeit ergeben.

<19:26 Uhr – Herr Piecha, Verwaltung der Gemeinde Kleinmachnow, ist abwesend>.

**Die Sitzungsleiterin** schlägt vor, dass das Thema kommunale Wärmeplanung, wie das S-Bahn-Thema, als fester Punkt auf der Tagesordnung Berücksichtigung finden sollte. Alle drei Kommunen seien dann aufgefordert, aus ihren Kommunen zu berichten.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, entgegnet, dass er den Vorschlag zu diesem Zeitpunkt nicht für sinnvoll erachten würde. Bei der Datenerhebung seien Fachleute gefragt.

**Frau Barthels, Gemeinde Stahnsdorf**, ist der Meinung, dass die Bevölkerung heute bereits darüber aufgeklärt werden sollte, dass bei Neubauten kein Öl, Gas und andere fossile Brennstoffe genutzt werden dürfen.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, teilt mit, dass die Erbauer eines Eigen- oder Reihenhauses zwangsläufig auf die kommunale Wärmesatzung schauen würden. Die Beratungsleistung (Verbraucherzentrale) für die Menschen der Stadt sei hoch interessant und werde gut angenommen.

*<19:30 Uhr – Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf, ist abwesend>* - 5 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

**Herr Liebrez, Gemeinde Kleinmachnow**, meint, dass wenn heute ein Haus gebaut werde und den gesetzlichen Vorgaben Folge geleistet werde, die Möglichkeit vorliegen würde, mit einer relativ niedrigen Investition in zehn Jahren auch umzustellen. Keine komplette Verschrottung der Anlage, sondern nur umrüsten.

*<19:32 Uhr – Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf, ist anwesend>* - 6 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, berichtet, dass die Verbraucherzentrale Brandenburg die persönliche Energieberatung anbieten würde. Diese Beratung finde regelmäßig im Teltower Rathaus statt.

**Die Sitzungsleiterin** weist auf eine Veranstaltung mit dem Thema „Heizen der Zukunft“ hin. Diese findet am Mittwoch nächster Woche, 18:00 Uhr, im Stubenrauchsaal in Teltow statt.

## **TOP 2      Beratung der Beschlussvorlagen**

### **TOP 2.1      Beschlussvorlagen der Gemeinde Kleinmachnow**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

Es liegen keine Beschlussvorlagen aus der Gemeinde Kleinmachnow vor.

### **TOP 2.2      Beschlussvorlagen der Stadt Teltow**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

Es liegen keine Beschlussvorlagen aus der Stadt Teltow vor.

## **TOP 2.3      **Beschlussvorlagen der Gemeinde Stahnsdorf****

### **TOP 2.3.1    **Prüfauftrag: Freiräume für Jugendliche schaffen****

**Drucksache: B-23/088**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf**, führt zum Sachverhalt aus. Ziel solle es sein, dass insbesondere Jugendliche in Stahnsdorf endlich die Freiräume erhalten sollten, an denen es ganz dringend mangeln würde. Stahnsdorf habe zwar ein gutes Angebot für junge Familien, Kinder und für konfessionell gebundene Jugendliche (Kirche), aber für Jugendliche im Alter von 16 bis 21 Jahren würde ein eklatanter Mangel bestehen. Das Thema würde vor den Grenzen der Kommune nicht Halt machen. Notwendig und wichtig sei, dass dieses Konzept unter Beteiligung von Jugendlichen und gegebenenfalls auch durch eine externe Befragung erfolgen solle.

**Herr Szilleweit, Stadt Teltow**, ergänzt, dass in Anlehnung auf das, was in der Stadt Teltow bereits gelaufen sei, neben den Bedarfen auch neue Räume ermittelt werden müssten. Auch müsse der Jugendbeirat mit einbezogen werden.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, schildert, dass über die Anwendung eines Sozialraumplaners sehr viel zu diesem Thema dazugewonnen werden konnte. Die Sozialraumplanung habe zum Inhalt, dass aus einer Kommune alle, die mit dem Thema beschäftigt seien, zusammen kommen und ihre speziellen Aufgaben in den Sozialräumen zusammenführen. Die Aufgabe könne nicht von einem Verwaltungsfachwirt übernommen werden, sondern von einem speziell dafür Ausgebildeten, der eingekauft werden müsste.

**Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf**, meint, dass dieses Geld gut investiert sein werde und an anderer Stelle eingespart werden könnte. Eine Freizeiteinrichtung, die freitags um 21:00 Uhr schließt, sei für die Jugendlichen nicht attraktiv.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, weist darauf hin, dass auch nach dem Wanderungsverhalten geschaut werden müsse. Die Schulsozialarbeit sei ein wichtiger Baustein.

**Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf**, teilt mit, dass Sozialarbeit an den Schulen und Horten vorhanden ist.

#### Abstimmungsergebnis der Gemeinde Stahnsdorf zur Beschlussvorlage B-23/088:

Ja-Stimmen: 6            Nein-Stimmen: 0            Enthaltungen: 0  
einstimmig empfohlen

## **TOP 2.4      **Themen zur Information****

#### **TOP 2.4.1 Informationen der Gemeinden zum Thema S-Bahn**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Frau Pietsch, Gemeinde Stahnsdorf**, berichtet aus der Sitzung vom 28.06.2023 und der Sitzung vom 14.09.2023. Im Juni 2023 habe die Verwaltung über die Vergabe des Büros für die Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs informiert. Die Firma BSM habe dafür den Zuschlag erhalten. In der Sitzung vom 14.09.2023 habe es einen fachlichen Input von der Firma Bahnstadt gegeben. Weiter sei über den Workshop, initiiert vom Verein Pro S-Bahn, informiert worden. Abschließend habe es noch Informationen zu den Kriterien des S-Bahn-Umfeldes gegeben (Wettbewerbe Leitlinien).

Anfragen zum S-Bahn-Ausschuss in Stahnsdorf sind nicht zu erkennen.

**Die Sitzungsleiterin** fragt, was es aus dem S-Bahn-Ausschuss der Stadt Teltow zu berichten gebe.

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, berichtet, dass es einen Folgetermin (13.11.2023) geben werde.

**Frau Pietsch, Gemeinde Stahnsdorf**, teilt mit, dass sie sich mit Herrn Rüter, Vorsitzender des S-Bahn-Ausschusses in Teltow, darauf geeinigt hätten, sich gegenseitig in den Ausschüssen zu besuchen.

**Die Sitzungsleiterin** fragt nach dem Sachstand S-Bahn.

**Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf**, berichtet anhand einer Präsentation über die Variantenuntersuchung. Die wirtschaftlich beste Variante zum Thema Gesamtrealisierung soll bevorzugt werden. Die seit 2016 vorhandene Forderung des Landes Brandenburg, die den Verkehr bestellen und bezahlen muss, ist, dass die Streckenverlängerung bis zur Sputendorfer Straße herangeführt werden soll. Klar ist, dass die L77 in der Troglage unterquert wird. In der gezeigten Präsentation befindet sich auch ein Zeitstrahl. Die Entwurfs- und Genehmigungsplanung soll im Jahr 2027 vorliegen. Danach beginnt das Planfeststellungsverfahren. Die Zielstellung ist, dass im Jahr 2032 die Fertigstellung erfolgt. Die Finanzierungsvereinbarung für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung wird noch benötigt. Gespräche gibt es wohl, jedoch ist eine Unterzeichnung der entsprechenden Planung dem Bürgermeister nicht bekannt.

**Die Sitzungsleiterin** würde gern wissen, wann feststehen werde, dass die Bahn nach Stahnsdorf kommen werde.

**Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf**, antwortet, dass 2024 Landtagswahlen sind. Was die neue Landesregierung für Schwerpunkte setzen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden. Gehofft wird, dass der Fokus weiter auf den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) gelegt wird. Wenn die Entwurfsplanung und die Genehmigungsplanung finanziert werden, dann wird sicher das Planfeststellungsverfahren gestartet.

**Herr Szilleweit, Stadt Teltow**, spricht das Pappelwäldchen in Teltow an und fragt, in welcher Phase noch Einspruch eingelegt werden könne.

**Der Bürgermeister, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf**, merkt an, dass die Pappeln auf einem Bahndamm gewachsen sind und immer wieder absterben.

**Herr Szilleweit, Stadt Teltow**, meint, dass es sinnvoll sei, an der Stelle eine Untertunnelung einzuplanen, denn in Teltow sei sehr viel versiegelt worden.

**TOP 2.4.2 Information der Gemeinde Stahnsdorf: Pressespiegel für kommunale Gremien in Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf - B-23/081**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf**, führt zum Sachverhalt aus.

**Die Sitzungsleiterin** merkt an, dass dieses Thema bereits vor zwei Jahren gegeben habe. Die Gemeinde Kleinmachnow hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen Pressespiegel.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, berichtet, dass es in Teltow auch einen Pressespiegel geben würde. Dieser wird den Stadtverordneten, den Fachbereichsleitern, der 1. Beigeordneten und dem Bürgermeister zur Verfügung gestellt. Das alle Empfänger auf den gleichen Weg informiert werden, habe sich nicht als Nachteil herausgestellt. Zu den Kosten könne er nichts sagen.

**Frau Barthels, Gemeinde Stahnsdorf**, fragt, ob dieser Pressespiegel per E-Mail zur Verfügung gestellt werden würde.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, bejaht.

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, teilt mit, dass es um Lizenzen gehe und auch um den Suchbegriff, hier eingeschränkt auf Teltow.

**Herr Otto, Gemeinde Stahnsdorf**, meint, dass es eine Frage der Lizenz sei.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, antwortet, dass zirka 40 Lizenzen gekauft worden seien und jeden Morgen die Informationen verteilt werden. Ein zusätzlicher Arbeitsaufwand würde nicht vorliegen.

**Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf**, merkt an, dass er herausgehört habe, dass die Stadt Teltow nicht bereit sein würde, den Pressespiegel um den Suchbegriff TKS zu erweitern, da es eine Medienflut geben würde. Aus seiner Sicht sei es ein Mehrwert zu wissen, wie es in der Region ausschauen würde. Er fragt, ob es die Bereitschaft geben würde, wenn die Beschlussvorlage in der Gemeinde Stahnsdorf so durchgehen würde.

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, antwortet, dass dann über die Kosten gesprochen werden müsse, denn der Personenkreis sei sehr hoch.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, spricht den Datenschutz an. Einfacher sei es, wenn jede Kommune für sich einen Pressespiegel habe.

**Frau Barthels, Gemeinde Stahnsdorf**, meint, dass der Hinweis auf die Lizenzen wichtig sei. Der Kostenfaktor müsse abgestimmt werden und in der Beschlussvorlage mit aufgenommen werden.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, schlägt vor, eine Kostenabfrage durchzuführen.

**Herr Liebreuz, Gemeinde Kleinmachnow**, teilt mit, dass der Pressespiegel dadurch wertvoll sei, weil er genau auf Kleinmachnow fokussiert werde. Alles darüber hinaus solle selbst justiert werden können.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, teilt mit, dass es sich wohl um 200 EUR im Monat handeln würde, also zirka 2.000 EUR im Jahr.

**Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf**, fragt, ob der Stahnsdorfer Verwaltung ein Pressespiegel vorliegen würde, spricht für die Fachbereichsleiter.

**Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf**, antwortet, dass einzelne Artikel vorgelegt werden, die der Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit für relevant hält. Das Lizenzmodell nutzt die Gemeindeverwaltung nicht. Abschließend weist der Bürgermeister auf die Stellungnahme der Verwaltung hin.

**Die Sitzungsleiterin** schlägt vor, dass Herr Schultka eine Querverbindung zur Gemeinde Kleinmachnow und zur Stadt Teltow zu den Anbietern und den Kosten herstellen solle.

**Herr Schultka, Gemeinde Stahnsdorf**, meint, dass es 1.200 EUR im Jahr bräuchte, um alle Gemeindevertreter auf den selben Stand bringen zu können. Das sollte in der Gemeindevertreterversammlung so beschlossen werden.

**Frau Lieb, Gemeinde Stahnsdorf**, ist der Auffassung, dass Informationen generell eine Hohlschuld seien. Den Pressespiegel würde sie nicht nutzen.

#### **TOP 2.4.3 Information Stadt Teltow: Beschaffung eines E-Lastenrades als "Klimamobil Teltow" - DS-111/2023**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf.

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, bezieht sich auf die drei folgenden Tagesordnungspunkte und teilt mit, dass alle Drucksachen mit der Frage Energie und Klimawandel zu sehen seien. Im TOP 2.4.3 gehe es um die Beschaffung eines E-Lastenrades. Von den fast 6.000 EUR seien 4.000 EUR Fördermittel. Dieses Fahrrad solle angeschafft werden und besonders der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Auch der Klimaschutzmanager, die Verwaltung und die Bibliothek würden das Lastenrad nutzen können. Die zwei E-Fahrräder-Stationen in der Gemeinde Kleinmachnow könne er sich für die Stadt Teltow auch gut vorstellen.

#### **TOP 2.4.4 Information Stadt Teltow: Richtlinie zur Förderung von Balkonkraftwerken (steckerfertige PV-Anlagen) - DS-114/2023**

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, bezieht sich auf den TOP 2.4.4 und berichtet, dass sich die Kosten zu den Balkonkraftwerken drastisch verändert hätten. Er sei angeschrieben worden mit der Frage, ob beim Thema Wind es Regularien geben würde. Er habe mit dem Bauamtsleiter gesprochen und momentan sehe es so aus, dass es eine bundesdeutsche Regelung geben würde. Auf dem Privatgrundstück könne ein Windrad, mit Einhaltung der Abstandsfläche und mit einer Nabelhöhe von fünf Metern, ohne Baugenehmigung aufgestellt werden. Gleichgroße Windräder könnten bei vorliegender Statik auch auf das Dach gebracht werden. Über neue Möglichkeiten sollte sich Gedanken gemacht werden.

#### **TOP 2.4.5 Information Stadt Teltow: Prüfauftrag zur Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden - DS-129/2023**

**Herr Kasdorf, Stadt Teltow**, führt zum TOP 2.4.5 aus. Die Fraktion CDU habe es als Prüfauftrag für die Verwaltung gewollt, obwohl der Klimaschutzmanager diese Punkte bereits abarbeiten würde. Systematisch würden alle öffentlichen Gebäude, wo es möglich sein werde, mit Photovoltaik ausgestattet werden.

#### **TOP 2.5 Anfragen von Mitgliedern der GV und SVV an den Ausschuss für Regionale Angelegenheit**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf und fragt nach dem Sachstand einer gemeinsamen Gemeindegemeinschaft in der Gemeinde Kleinmachnow und der Stadt Teltow.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, berichtet, dass der Hintergrund der sei, dass die Kommunen einen Kopfschlüsselbetrag für die Thematik „Arbeit mit älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ haben. Dies sei über den Sozialraumplaner gelaufen. Über die Akademie II. Lebenshälfte seien die Budgets so zusammengeführt worden, dass das gesamte Themenfeld gemeinsam betrachtet worden sei. Dabei habe das Thema Gemeindegemeinschaft eine Rolle gespielt.

**Herr Liebrecht, Gemeinde Kleinmachnow**, ergänzt, dass eine gewisse Lücke in der Versorgung festgestellt worden sei. Viele Senioren würden Angebote, die ihnen gesetzlich zustehen, nicht in Anspruch nehmen, da sie diese Angebote gar nicht kennen würden. Ein aktives Beratungsangebot werde dadurch sichergestellt. Es sei gut angelaufen, aber einen kompletten Bericht habe er nicht. Es handele sich um ein Angebot von den Gemeinden und nicht von den Kirchen. Der Träger sei die Akademie II. Lebenshälfte.

**Die Sitzungsleiterin** schlägt vor, dass der Bericht in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten vorgetragen werden könnte.

<20:35 Uhr – Herr Schweda ist anwesend> - 7 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, verweist auf den Sozialbericht der Stadt Teltow. Zu finden unter [www.teltow.de](http://www.teltow.de), Bildung & Soziales. Dort sei ab der Seite 63 das Thema Senioren mit verankert. Das Geld sei zusammengelegt aus der Landeszuweisung pro Kopf und gebe es für jede Kommune – Förderprogramm „Pflege vor Ort“ – Zuweisung.

**Herr Liebrecht, Gemeinde Kleinmachnow**, meint, dass das Ziel sei, alte Menschen so lange wie möglich zu Hause bleiben lassen zu können.

**Die Sitzungsleiterin** fragt, ob es in der Gemeinde Stahnsdorf auch eine Landeszuweisung für die Pflege vor Ort geben würde.

**Herr Albers, Bürgermeister der Gemeinde Stahnsdorf**, regt an, dieses Thema im Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport zu vertiefen.

**Herr Schmidt, Bürgermeister der Stadt Teltow**, weist darauf hin, dass auf der Homepage der Stadt Teltow, unter dem Bereich Bildung & Soziales/Pflege, auch das Team von der Akademie II. Lebenshälfte mit verankert sei.

**TOP 2.6      Sonstiges**

**TOP 2.6.1    Bericht der Bürgermeister zum Stand Planung Verkehrsbehörde**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf und merkt an, dass das Treffen der drei Bürgermeister noch nicht stattgefunden habe, aber geplant sei. Das Thema Verkehrsbehörde kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalausschusses.

**TOP 2.6.2    Nächste Sitzungstermine ARA in 2024**

**Die Sitzungsleiterin** ruft den TOP auf und teilt mit, dass der letzte Sitzungstermin in 2023 am 27.11.2023 sein werde. In 2024 habe sich die Terminfindung schwierig gestaltet.

Die Protokollantin teilt mit, dass lediglich der 19.02.2024 als Sitzungstermin in allen drei Kommunen gefunden werden konnte. Bei weiteren Terminvorschlägen habe es Überschneidungen mit anderen Sitzungsterminen gegeben.

**Die Sitzungsleiterin** meint, dass nur ein Sitzungstermin vor der Sommerpause zu wenig sei. Daran müsse noch gearbeitet werden.

**TOP 3            Schließung der Sitzung**

**Die Sitzungsleiterin** schließt um 20:46 Uhr die Sitzung.



Dr. Schmidt-Faber

Vorsitzende und Sitzungsleiterin des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten

Anlagen

Verteiler

- Mitglieder des Ausschusses für Regionale Angelegenheiten
- Bürgermeisterbüro Stadt Teltow
- Bürgermeisterbüro Gemeinde Kleinmachnow
- Bürgermeisterbüro Gemeinde Stahnsdorf